

## Deutschland ein geschichtlicher Überblick von 1919 bis 1941

Schöne Verbündete zeigt uns hier die Geschichte unseres Landes – Diese Haltung unserer angeblichen Verbündeten öffnet ganz andere Sichtweisen – sie schreit geradezu nach einer starken Persönlichkeit im Format eines Bismarck – aber sie kam in Gestalt eines Adolf Hitler – wenn man sich diese deutsche Geschichte durchliest, wird dann der deutsche Michel, die Resignation des Volkes, nicht allzu verständlich? – Das deutsche Volk sollte endlich dafür Sorgen, dass es wieder eine Verfassung bekommt, klären, wer Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches ist und auf welcher Rechtsgrundlage vor diesem Hintergrund eigentlich die Bundesrepublik Deutschland sowie die durch sie geschlossenen Verträge stehen. [http://www.seidl.de/cenjur/pm\\_verfassung.htm](http://www.seidl.de/cenjur/pm_verfassung.htm)

Bitte beachten Sie den © an der Textzusammenstellung auf der letzten Seite. Der Verfasser dieses ausgezeichneten geschichtlichen Überblicks schreibt: „...Der Schwerpunkt liegt in der Darstellung der Situation und Entwicklung der Eisenbahnen in Deutschland, die Auswahl aller anderen dargestellten Ereignisse ordnet sich diesem Ziel unter.“ – Gudrun Seidl, cenjur, <http://www.cenjur.de>

### 1914-1918 – der 1te Weltkrieg

28.06.1914 Mordattentat von Sarajewo auf den österreichisch-ungarischen Thronfolger Franz Ferdinand

28.07.1914 Kriegserklärung Österreich-Ungarns an Serbien und damit Beginn des Ersten Weltkrieg

01.08.1914 Deutschland erklärt Rußland den Krieg und tritt damit an der Seite Österreich-Ungarns in den Weltkrieg ein, es folgen weitere Kriegserklärungen durch oder an Deutschland:

02.08.1914 Luxemburg

03.08.1914 Frankreich

04.08.1914 Belgien

04.08.1914 Großbritannien

06.08.1914 Serbien

11.08.1914 Montenegro

23.08.1914 Japan

09.11.1918 Abdankung Kaiser Wilhelm II. (seit 1888 im Amt)

09.11.1918 Rücktritt von Reichskanzler Max Prinz von Baden

11.11.1918 Waffenstillstandsabkommen von Compiègne, unterzeichnet im Salonwagen 2419 D der CIWL

06.02.1919 Eröffnung der Verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung in Weimar

11.02. Wahl von Friedrich Ebert zum ersten deutschen Reichspräsidenten

18.02. die Farben Schwarz-Rot-Gold werden zur deutschen Nationalflagge bestimmt

18.04. Verabschiedung der Satzung und damit Gründung des Völkerbundes in Paris

05.06. Staatsvertrag über den Zusammenschluß der thüringischen Kleinstaaten zum Freistaat Thüringen

20.06. Die erste demokratische Regierung unter Philipp Scheidemann tritt wegen Meinungsverschiedenheiten zum Versailler Vertrag zurück, die neue Regierung wird von Gustav Bauer gebildet

28.06. Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages von Versailles zwischen Deutschland

und den Entente-Staaten; der "Versailler Vertrag" tritt am 10.01.1920 in Kraft

11.08. Verabschiedung der Deutschen Reichsverfassung im Weimarer Nationaltheater (Weimarer Verfassung)



### Wirtschaft

01.01.1856: Gründung des "Vereins Deutscher Ingenieure" (VDI) in Alexisbad Mai 1917:

Gründung des "Normalenausschuß für den Allgemeinen Maschinenbau", er gibt die "Deutschen Industrie-Normen (DIN)" heraus

22.12.1917 Gründung des "Normenausschuß der Deutschen Industrie" (NDI), welcher 1926 umbenannt wird in "Deutscher Normenausschuß e.V." (DNA) und seit 1975 "Deutsches Institut für Normung e.V." heißt.

01.01.1919 Inkrafttreten des Achtstunden-Arbeitstages für Arbeiter

22.07. Wiederaufnahme des Postverkehrs zwischen Deutschland und den USA sowie Großbritannien

31.07. Wiederaufnahme des Postverkehrs zwischen Deutschland und Frankreich

## 1920

10.01. Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrags

16.01. konstituierende Sitzung des Völkerbundes in Paris

14.02. Gründung des Landes Thüringen aus sieben bisherigen Kleinstaaten

13.-17.03. Putschversuch rechter Kräfte und Militärs, bei dem sich Wolfgang Kapp zum Reichskanzler erklärt. Aufruf mehrerer Parteien und Gewerkschaften zum Generalstreik gegen den Putsch. Dieser Aufruf wird deutschlandweit von 12 Millionen Arbeitern befolgt und trägt maßgeblich zur Niederschlagung des Putsches bei.

26.03. Rücktritt von Reichskanzler Gustav Bauer (MSPD) nach dem Kapp-Putsch

27.03. Hermann Müller (MSPD) wird neuer Reichskanzler

01.04. Gleichzeitig mit der Übernahme der Ländereisenbahnen gehen auch Post- und Fernmeldewesen in Reichsbesitz über.

08.06. Rücktritt von Reichskanzler Müller nach einem deutlichen Rechtsrutsch bei den Landtagswahlen vom 16.05. und 06.06 und den Reichstagswahlen vom

06.06..

der neue Reichskanzler Konstantin Fehrenbach (Zentrumspartei) bildet eine bürgerliche Minderheitsregierung

15.11. Die Bundesversammlung des Völkerbunds tritt in Genf erstmals zusammen. In ihr sind 42 Staaten vertreten.

## Wirtschaft

Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist gekennzeichnet durch den schwierigen Wiederaufbau nach dem Krieg und durch immense Reparationsleistungen, die aufgrund des Versailler Vertrags erbracht werden müssen. Deutliche Preiserhöhungen für Steinkohle ziehen im Winter Preissteigerungen von teilweise über 50% für weitere wichtige Wirtschaftsgüter wie Stahl nach sich. Zur Sicherung der Reparationszahlungen werden alle deutschen Handelsschiffe über 1600BRT verstaatlicht. In Konsequenz aus den hohen Arbeitslosenzah-

len wird ein Reichsamt für Arbeitsvermittlung gegründet. Der Kurs des US-Dollar erreicht Ende Februar mit 99,11Mark einen historischen Höchstwert. Im Frühjahr steigen die Preise für verschiedene Grundnahrungsmittel um teilweise bis zu 100%. Im Juni kommt es örtlich zu ersten Hungerunruhen. Außerdem kommt es zu Demonstrationen gegen die Wohnungsnot.

16.07. Auf der Konferenz von Spa werden die Kohlemengen festgeschrieben, die Deutschland als Reparation zu liefern hat.

26.07. In einem 14tägigen Streik erzwingen 10000 Arbeiter der Leuna-Werke Lohnerhöhungen.

10.11. In einer Notverordnung werden Arbeitskämpfe in "lebenswichtigen Versorgungsbetrieben" wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken verboten.

03.12. Eine zweitägige Konferenz beschäftigt sich in Weimar mit Fragen der Getreide- und Fleischversorgung im Deutschen Reich.

## 1921

22.01. Der Reichsrat billigt den siebenten Notetat im laufenden Haushaltsjahr. Darin sind 7,7 Mrd. Mark zur Verbesserung der Volksernährung vorgesehen, weiterhin

400 Mio. Mark für neue Handelsschiffe, 3 Mrd. Mark zur Ausführung des Friedensvertrages und 1 Mrd. Mark zur Deckung des Defizits bei den Reichseisenbahnen.

In ganz Deutschland mehren sich Proteste aus verschiedensten Kreisen gegen die Reparationsforderungen der Alliierten. Vielfältige Versuche, auf diplomatischen Wegen eine Verringerung der Reparationslasten zu erreichen, schlagen fehl.

07.03. Die Vertreter der Alliierten brechen auf der Londoner Konferenz die Verhandlungen mit den Deutschen ab, da in der Reparationsfrage keinerlei Einigung erzielt werden kann. Daraufhin besetzen Truppen Frankreichs und Großbritanniens die Städte Duisburg und Düsseldorf und weiten somit ihrer Besatzungszone auf Gebiete östlich des Rheins aus.

20.03. In Oberschlesien findet eine Abstimmung über die Staatszugehörigkeit der dort ansässigen Bevölkerung statt. Bei einer Wahlbeteiligung von 98% stimmen 40,4% der Stimmberechtigten für Polen und 59,6% für den Anschluß an das Deutsche Reich. In der Folge kommt es zu monatelangen schweren Unruhen in Oberschlesien, die teilweise bürgerkriegsähnlichen Charakter tragen.

18.04. Die in Bremen tagenden Ernährungsminister der deutschen Länder beschließen, die staatliche Rationierung von Milch und Fleisch, die seit 1916 besteht, so bald wie möglich fallenzulassen.

27.04. Die Reparationskommission konkretisiert in Paris die Zahlungsforderung an das Deutsche Reich. Die Höhe der Reparations-schuld wird auf insgesamt 132 Milliarden Goldmark festgesetzt.

04.05. Reichskanzler Konstantin Fehrenbach (Zentrum) tritt zurück, da er mit seiner Regierung nicht die Verantwortung für die Einwilligung in die endgültigen Reparationsforderungen der Alliierten übernehmen will.

05.05. Großbritannien stellt ein Ultimatum, in dem das Deutsche Reich aufgefordert wird, Reparationsschulden in Höhe von 132 Mrd. Goldmark zu akzeptieren.

Sollte die Reichsregierung die Bezahlung verweigern, werde das Ruhrgebiet besetzt.

10.05. Der bisherige Finanzminister Joseph Wirth (Zentrum) wird von Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) zum neuen Reichskanzler ernannt. Er bildet ein Kabinett aus Mitgliedern seiner Partei, der SPD und der DDP.

11.05. Die neue Reichsregierung akzeptiert das von den Alliierten am 5. Mai überreichte Ultimatum ohne Bedingungen und damit die Festlegung der deutschen Reparationsschuld auf 132 Mrd. Goldmark. Nach Aussage von Reichskanzler Wirth könne nun endlich der Wiederaufbau des Deutschen Reiches beginnen.

30.05. Der Direktor der AEG, Walter Rathenau, wird Wiederaufbauminister.

04.08. In Paris gibt die alliierte Reparationskommission die Zahlen der in den nächsten sechs Monaten abzuliefernden Tiere bekannt. Danach müssen trotz großer wirtschaftlicher Not in Deutschland 29 400 Pferde, 130 000 Schafe und 175 000 Rinder an die Siegermächte des I. Weltkriegs geliefert werden.

20.10. Die vom Völkerbund eingesetzte Kommission zur Teilung Oberschlesiens legt die endgültige Grenze in diesem Gebiet fest. Das an Bodenschätzen reiche oberschlesische Revier, wo große Teile der Bevölkerung am 20. März für die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich gestimmt hatten, wird Polen zugesprochen.

22.10. Das Kabinett unter Reichskanzler Wirth tritt aus Protest gegen die Teilung Oberschlesiens zurück. Auf Bitten von Reichspräsident Friedrich Ebert (SPD) bildet Wirth schon vier Tage später eine neue Regierung.

## Wirtschaft

01.03. Das Reichswirtschaftsministeriums gibt bekannt, daß das Gesamthaushaltsdefizit des Deutschen Reiches im laufenden Jahr 46,8 Milliarden Mark beträgt.

07.03. In Dresden wird die erste landwirtschaftliche Woche eröffnet. Die Ernährungsminister der Länder betonen, daß augenblicklich

52% der Deutschen durch Importlieferungen versorgt werden. Im Vergleich dazu konnte die deutsche Landwirtschaft 1913 rund 83% des Nahrungsmittelbedarfs selbst decken.

07.04. Die deutschen Firmen Siemens & Halske, AEG sowie Felten & Guilleaume gründen unter Beteiligung der Deutschen Reichspost in Berlin die Deutsche Fernkabel Gesellschaft (DFKG). Ihr Ziel ist der baldige Ausbau des deutschen Fernkabelnetzes, worunter der Telegraf-, Fernsprech- und Funkverkehr fallen.

25.06. Der deutsche Chemiker Friedrich Bergius berichtet vor einem Chemikerkongreß in Stuttgart über erste Erfolge bei der Kohleverflüssigung.

28.07. Die Berliner Mercedes-Werke bringen die erste in Deutschland hergestellte elektrische Schreibmaschine auf den Markt.

08.09. Die deutsche Währung verliert ständig an Wert. Erstmals übersteigt der Kurs des US-Dollar die Marke von 100 Mark. Drei Wochen später kostet ein Dollar schon 127 Mark. Am 03.11. steigt der Kurs auf 209 Mark und am 28.11. auf 294 Mark.

21.09. Im Stickstoffwerk der BASF in Oppau bei Ludwigshafen ereignet sich eine schwere Explosion. Dabei werden 600 Menschen getötet und Tausende verletzt.

01.10. Eine neue Fernsprechverordnung tritt in Kraft. Für die Einrichtung eines Hauptanschlusses werden 200 DM berechnet, ein Ortsgespräch aus einer öffentlichen Fernsprechstelle kostet 50 Pfennig, von einem privaten Anschluß 75 Pfennig.

10.11. Der Stand der Lebenshaltungskosten im Deutschen Reich erreicht einen Rekordwert: Die Lebensmittel sind um 19,9%, die Kleidung um 37,9%, Heizung und Beleuchtung um 15,8% teurer als noch vor zwei Monaten. Gegenüber dem 1. Januar 1914 haben sich die Lebenshaltungskosten um das Vierzehneinhalbfache verteuert.

15.11. Die Vertreter Londoner Banken erklären, daß sie dem Deutschen Reich keinen Reparationskredit gewähren werden. Da der Wechselkurs der Mark unaufhaltsam falle und die deutsche Wirtschaft dadurch nachhaltig geschwächt werde, sei die Rückzahlung der Kredite nicht gesichert.

08.12. Die Post- und Telegrafengebühren werden kräftig erhöht. Infolge von Lohnerhöhungen und der Verteuerung aller Materialien beträgt das Defizit der Reichspost 4 Mrd. Mark. Ein Brief kostet künftig eine Mark, eine Postkarte 60 Pfennig. Die Telegrammgebühren steigen für ein Wort von bislang 35 auf 75 Pfennig.

14.12. Im Deutschen Reich fehlen monatlich etwa zwei Mio. Tonnen Kohlen zur Versorgung der Bevölkerung. Die Kohlennot ist hauptsächlich durch den Mangel an Transportmöglichkeiten per Zug und auf das Versagen der

Flußschiffahrt infolge zugefrorener Flüsse zurückzuführen.

## 1922

06.01. Auf erneute Bitte der deutschen Regierung beraten die Alliierten über einen Aufschub der fälligen Reparationszahlungen.

31.01. Walther Rathenau wird zum neuen Außenminister ernannt. Es setzt sich in der Folge für die Erfüllung der deutschen Reparationsverpflichtungen ein.

01.02. Aufgrund des Kohlemangels kommt es zu ersten Einschränkungen des Eisenbahnverkehrs in Deutschland.

16.02. Wegen des durch die Ruhrbesetzung verursachten Kohlenmangels schränken auch die Schweizer Bundesbahnen ihren Bahnbetrieb erheblich ein.

16.02. Das französische Parlament wendet sich gegen eine Erleichterung der Reparationsbedingungen für das Deutsche Reich, da diese zu Lasten Frankreichs ginge.

05.03. Im französisch besetzten Rheinland werden verhaftete deutsche Beamte als Geiseln auf den Lokomotiven mitgeführt, um weitere Sabotageakte zu verhindern.

15.03. Durch einen Sabotageakt bei Kalkum wird der Eisenbahnverkehr zwischen Dortmund und Duisburg unterbrochen.

07.04. Deutsche Saboteure sprengen den für den Kohletransport wichtigen Rhein-Herne-Kanal.

14.06. Der gesamte Eisenbahnverkehr im Ruhrgebiet kommt aufgrund von Maßnahmen zum Stillstand, die die Besatzungstruppen zum Zwecke der Isolation des Okkupationsgebietes vom Deutschen Reich erlassen haben.

24.06. Ermordung des deutschen Außenministers Walter Rathenau durch rechtsextremistische Kräfte.

26.06. Reichspräsident Ebert erläßt zwei Tage nach der Ermordung Rathenaus die Notverordnung zum Schutz der Republik.

15.07. Die deutsche Regierung unternimmt einen erneuten Versuch, die Höhe der monatlichen Reparationszahlungen neu zu regeln.

23.07. Das aufgrund der Ermordung Rathenaus geschaffene Gesetz zum Schutze der Republik tritt in Kraft.

07.08. Die Londoner Konferenz der alliierten Staaten über den von der deutschen Regierung beantragten Aufschub der Reparationszahlungen scheitert nach einer Woche an der kompromißlosen Frankreichs. Reichskanzler Wirth bezeichnet am 16.08. den Ausgang der Konferenz als eine Katastrophe für Deutschland.

15.08. Die deutsche Regierung erklärt ihre Unfähigkeit zur Zahlung der fälligen Reparationsrate von zwei Mio. Pfund (etwa 9,2 Mrd.

Mark). Sie sieht sich lediglich in der Lage, ein Drittel der Summe zu zahlen. Frankreich drängt auf eine vollständige Zahlung.

13.10. Reichsverkehrsminister Rudolf Oeser fordert die Eisenbahner im besetzten Ruhrgebiet auf, am 17.10. den Dienst unter französischer Eisenbahnregie aufzunehmen.

26.12. Die Reparationskommission stellt die vorsätzliche Nichterfüllung der deutschen Lieferungsverpflichtungen fest.

## Wirtschaft

01.03. In Süddeutschland beginnt ein vier Wochen dauernder ausgedehnter Metallarbeiterstreik. Die Arbeiter protestieren gegen die Verschlechterung der Arbeitslage, steigende Lebenshaltungskosten und zu lange Arbeitszeiten.

01.04. Der Kurs des US-Dollars übersteigt die Grenze von 300 Mark.

20.05. Ernährungsminister Anton Fehr erklärt, daß eine Besserung der schlechten Ernährungslage im Deutschen Reich nur durch eine Verringerung der Reparationslasten möglich sei.

01.06. Seit dem Monat Juni des Vorjahres ist die zirkulierende Geldmenge des Deutschen Reiches von 84,9 auf 180,8 Mrd. Mark gestiegen.

07.06. Von Berlin aus werden erstmals drahtlos Bilder in die USA telegraphiert.

01.07. Ein mehrwöchiger Streik für geregelte Arbeitszeiten von Schiffsmaschinisten in Norddeutschland führt zu deutlichen Einnahmeverlusten bei allen deutschen Nordseebädern.

12.07. Der Kurs des US-Dollars ist inzwischen auf 447 Mark gestiegen.

13.07. Nach Streiks der Drucker und ständig steigenden Papierpreisen werden die Zeitungspreise angehoben. So kostet die "Vossische Zeitung" fortan drei Mark.

16.07. Wegen ständig steigender Rohstoff und Lohnkosten wird der Bierpreis um 50% angehoben. In einer Gastwirtschaft kostet jetzt ein 0,3l-Glas 9 Mark.

02.08. Der Kurs des US-Dollars hat eine Höhe von 860 Mark erreicht.

05.08. Erstmals werden Banknoten über 500 Mark ausgegeben.

21.08. Die Inflation steigt rasant weiter, der Dollar erreicht einen Kurs von 1738 Mark.

24.08. Reichskanzler Wirth empfängt Gewerkschaftsvertreter, um mit ihnen einen Ausweg aus der drohenden Wirtschaftskatastrophe zu suchen. Man einigt sich darauf, daß auf jeden Fall versucht werden müsse, die Brotversorgung im gesamten Deutschen Reich zu sichern.

01.09. Der Rundfunksender Königswusterhausen sendet von nun ab täglich, vor allem

Wirtschaftsnachrichten. Gleichzeitig wird Rundfunkdienst gebührenpflichtig.

Viele kulturelle Einrichtungen wie Theater und Zoologische Gärten müssen wegen der gestiegenen Preise ihre Angebote stark einschränken oder ganz einstellen.

05.10. Die deutsche Regierung verbietet aufgrund der schlechten Ernährungslage im Deutschen die Verwendung inländischen Zuckers bei der Herstellung von

Schokolade, Süßigkeiten und Branntwein. Die Herstellung von Branntwein aus Obst und die von Starkbier wird ebenfalls verboten.

12.10. Die neue deutsche Devisenordnung verbietet ausländische Währungen als inländisches Zahlungsmittel.

31.10. Der Kurs des Dollar erreicht die Grenze von 9000 Mark

## 1923

04.01. Die seit dem 02.01. tagende Pariser Konferenz zur Regelung der deutschen Reparationszahlungen wird ergebnislos abgebrochen.

11.01. Einmarsch französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet mit dem Ziel der Sicherung der Reparationszahlungen.

12.01. Deutschland teilt Frankreich und Belgien die Einstellung der Reparationszahlungen mit; die Ruhrzechen werden angewiesen, keine Kohle mehr dorthin zu liefern.

13.01. Die Reichsregierung ruft nach einem eindeutigen Votum des Reichstags zum passiven Widerstand gegen die Besetzung auf. Aufgrund der Weigerung vieler Beamter und Angestellter, mit den Besatzungstruppen zusammen zu arbeiten, kommt es zu schweren Zusammenstößen. In deren Folge sterben 132 Menschen und rund 150 000 werden aus dem Ruhrgebiet ausgewiesen.

27.01. In München wird im Zusammenhang mit dem ersten Reichsparteitag der NSDAP der Ausnahmezustand verhängt.

29.01. Die französischen Besatzungstruppen verhängen im Ruhrgebiet den Ausnahmezustand, um den Widerstand zu brechen.

31.01. Frankreich untersagt den Transport von Kohle und Koks vom Ruhrgebiet in das unbesetzte deutsche Reichsgebiet, worauf es überall schnell zu Kohlemangel kommt.

12.02. Die französischen Besatzungstruppen verhängen ein Exportverbot für sämtliche Waren aus dem Ruhrgebiet ins unbesetzte Deutsche Reich

23.02. Der Reichstag verabschiedet ein Notgesetz zur Stabilisierung der Wirtschaftslage und gegen das Spekulentum.

12.08. Die Reichsregierung Wilhelm Cuno tritt zurück, nachdem sie das Vertrauen der Koalitionsparteien DDP und DVP und auch das der

SPD verloren hat. Mit der Bildung einer neuen Regierung wird der DVP-Vorsitzende Gustav Stresemann betraut. Dieser ebnet in der Folge durch Beendigung des Ruhrkampfes den Weg zu neuen Gesprächen mit den Alliierten und zu einer Stabilisierung der Währung.

27.09. Der passive Widerstand gegen die französische Besetzung wird aufgegeben.

03.10. Die Regierung Stresemann tritt zurück, nachdem ihr die SPD die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz verweigert hat.

06.10. Nach einem Einlenken der SPD wird die neue Reichsregierung unter Stresemann vereidigt; neuer Finanzminister wird der parteilose Hans Luther.

11.10. Reichspräsident Friedrich Ebert erläßt eine Verordnung über Steueraufwertung, die für Zahlungspflichten aus Reichssteuern die Umrechnung in

Goldmarkwerte vorsieht. Damit wird eine entscheidende Grundlage für die Sanierung des Reichshaushalts geschaffen.

08.11. Adolf Hitler verkündet im Münchner Bürgerbräukeller die "nationale Revolution" und erklärt die bayerische und die Reichsregierung für abgesetzt. Ein am folgenden Tag von Hitler und General Erich Ludendorff angeführter Demonstrationzug wird von der Polizei gewaltsam aufgelöst. Die Putschisten erhalten äußerst milde Strafen. Hitler wird am 1.4.1924 zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt und bereits nach acht Monaten begnadigt, Ludendorff wird freigesprochen. Während der Haft verfaßt Hitler sein programmatisches Machwerk "Mein Kampf".

12.11. Reichspräsident Ebert ernennt den Bankier Hjalmar Schacht zum Reichswährungskommissar, der vor allem auf eine Währungskonsolidierung hinarbeiten soll.

23.11. Die Regierung Stresemann wird durch ein Mißtrauensvotum im Reichstag gestürzt.

30.11. Wilhelm Marx (Zentrum) gründet eine bürgerliche Minderheitsregierung.

## Wirtschaft

Das Jahr 1923 ist durch die gallopiierende Inflation gekennzeichnet. In der zweiten Jahreshälfte werden die baren Zahlungsmittel knapp, obwohl die Wertpapierdruckereien auf Hochtouren arbeiten und ständig Geldscheine mit höheren Nennwerten ausgegeben werden. Die Wertpapierspekulationen nehmen überhand. Im besetzten Rheinland kommt es zu überproportionalen Preissteigerungen. Die Lebensmittelknappheit nimmt im ganzen Land katastrophale Formen an. Ab September werden die Preise mehrmals täglich angepaßt und es beginnt die Ausgabe von Notgeld. Der Kursverfall der deutschen Währung nimmt dramatische Ausmaße an:

20.11. Konsolidierung der deutschen Währung und Festschreibung des Dollarkurses auf 4,2 Billionen Papiermark = 4,2 Goldmark = 4,2 Rentenmark

## 1924

14.01. In Paris tritt unter Leitung des US-amerikanischen Finanzexperten Charles Gates Dawes das erste internationale Sachverständigenkomitee zusammen, das eine Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen erarbeiten soll.

**21.01. Unter der Leitung des britischen Bankiers Reginald McKenna wird in Paris der zweite internationale Sachverständigenausschuß eröffnet. Er soll sich mit der Frage befassen, wie deutsche Kapitalien zu behandeln sind, die wegen der Inflation ins Ausland gebracht wurden.**

13.03. Reichspräsident Ebert löst auf Antrag von Reichskanzler Marx vorzeitig den Reichstag auf.

09.04. In Paris legt das Dawes-Komitee sein Gutachten zur Regelung der Reparationsfrage vor.

25.04. Den Empfehlungen der Reparationskommission folgend, akzeptieren nach der deutschen auch die Regierungen Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans den Plan des Dawes-Komitees.

04.05. Reichstagswahlen. Wilhelm Marx (Zentrum) bildet eine bürgerliche Minderheitsregierung, die bereits am 26.05. zurücktritt und am 03.06. wieder neu zusammentritt.

06.06. Der Reichstag billigt den Dawesplan als Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage.

16.07.-16.08. Londoner Reparationskonferenz; ab 05.08. auch mit deutscher Beteiligung. Am 09.08. wird der Zahlungsplan (Dawes-Plan) verabschiedet. Das am

16.08. verabschiedete Londoner Abkommen über die Neuregelung der Reparationsleistungen gemäß des Dawes-Planes soll erst in Kraft treten, wenn der Reichstag neun Durchführungsgesetze verabschiedet hat, was am 29.08. geschieht. Am 01.09. tritt das Londoner Abkommen in Kraft. Es wird auch die stufenweise Räumung des Ruhrgebietes binnen Jahresfrist vereinbart, die am 03.09. beginnt.

02.08. In London tagt erstmals die Reparationskommission; sie nimmt die Beratungen über drei Dawes-Gesetze auf, die der Reichstag verabschieden soll. Vorgesehen sind eine internationale Kontrolle über Reichsbank und Reichsbahn sowie die Belastung der deutschen Industrie.

29.09. Deutschland beantragt die Aufnahme in den Völkerbund.

20.10. Auflösung des Reichstages durch Reichspräsident Ebert, da die Minderheitsregierung Marx in eine schwere Krise geraten ist.  
07.12. Die zweiten Reichstagswahlen in diesem Jahr bringen Verluste für radikale Rechte und Linke, können aber das Problem der Regierungsbildung nicht lösen. Nach langen Koalitionsverhandlungen kommt es erst am 15.01.1925 zu einer Regierungsbildung unter Hans Luther.

## 1925

15.01. Der parteilose Hans Luther bildet die zwölfte Regierung der Weimarer Republik.

28.02. Reichspräsident Ebert verstirbt im Alter von 54 Jahren. Er wird am 05.02. in seiner Geburtsstadt Heidelberg beigesetzt, nachdem einen Tag zuvor die SPD die Gründung ihrer Friedrich-Ebert-Stiftung bekanntgegeben hat.

26.04. Paul von Hindenburg wird zum neuen Reichspräsidenten gewählt.

16.06. Volkszählung: in Deutschland (ohne das Saarland) leben 62,4 Millionen Menschen.

05.-16.10. Konferenz von Locarno zum Europäischen Sicherheitspakt. Mit dem Vertrag von Locarno werden die Nachkriegsgrenzen Deutschlands besiegelt und Deutschland wird die Mitgliedschaft im Völkerbund ermöglicht. Im Ergebnis der Vertragsunterzeichnung kommt es in Deutschland zu einer Regierungskrise.

05.12. Rücktritt der Regierung Luther

## Wirtschaft

15.05. Unter Federführung der Reichspost gründen neun private Rundfunkanstalten die Reichsrundfunkgesellschaft. In Deutschland gibt es bereits fast eine Million Rundfunkhörer.

01.10. Inkrafttreten des 1924 in Stockholm abgeschlossenen Weltpostvertrages

15.10. Die in Berlin tagende Jahresversammlung der deutschen Industrie berät über die weltweite Rohstoffknappheit und die daraus resultierenden Möglichkeiten der chemischen Industrie.

17.10. Erstmals wird in einer öffentlichen Rundfunksendung eine Kundgebung übertragen. Reichspräsident v.Hindenburg spricht in Bochum.

28.11. Einweihung der Dortmunder Westfalenhalle

02.12. Unter Führung der BASF schließen sich acht Chemiefirmen (darunter Agfa, Bayer, Hoechst und Griesheim Elektron) zum weltgrößten Chemiekonzern I.G. Farben zusammen.

## 1926

08.01. Für touristische Reisen in die Schweiz wird der Visumzwang aufgehoben.

20.01. Der parteilose Hans Luther begründet ein neues bürgerliches Minderheitskabinett

01.02. Im Grenzverkehr mit den Niederlanden wird der Visumzwang aufgehoben.

12.05. Rücktritt der Reichsregierung von Hans Luther

17.05. Wilhelm Marx wird zum neuen Reichskanzler ernannt.

20.05. Der Visumzwang für den Grenzübertritt nach Dänemark wird aufgehoben.

01.09. Für die Grenzübertritte zwischen dem Deutschen Reich und Luxemburg entfällt der Visumzwang.

10.09. Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund

17.12. Durch ein Mißtrauensvotum im Reichstag stürzt die Regierung von Wilhelm Marx.

## Wirtschaft

In Deutschland gibt es zu Jahresbeginn 2,6 Millionen Telefonanschlüsse.

26.05. Ein Vertrag zwischen Belgien, Frankreich und dem Deutschen Reich befreit die deutsche Flugzeugindustrie von den Beschränkungen des Versailler Friedensvertrages.

28.06. Zusammenschluß der Daimler-Motorenwerke und der Fa. Benz zur Daimler-Benz AG

31.07. Der Vorkriegswert der Steinkohlenförderung im Ruhrgebiet ist wieder erreicht.

01.09. Die deutsche IG Farben übernimmt die Erdöl- und Kohleverwertung AG und wird damit zur größten deutschen Aktiengesellschaft.

03.09. In Berlin wird im Rahmen der Dritten Deutschen Funkausstellung der 138 m hohe Funkturm eingeweiht. Die Firma Rheinmetall in Düsseldorf, die erst 1920 mit der Produktion von Dampflokomotiven begann, gibt diesen Wirtschaftszweig wegen mangelnder Aufträge wieder auf.

## 1927

29.01. Wilhelm Marx begründet nach langen Koalitionsgesprächen eine neue Reichsregierung.

31.01. Die Interalliierte Militärkommission im Deutschen Reich, die nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrags eingerichtet wurde, beendet ihre Tätigkeit.

07.07. Verabschiedung des Gesetzes zur Einführung einer Arbeitslosenpflichtversicherung.

17.08. deutsch-französischer Handelsvertrag

23.09. Beitritt Deutschland zum Internationalen Gerichtshof in Den Haag

## Wirtschaft

04.01. Inbetriebnahme eines Telefon-Fernkabels zwischen Berlin und Wien

04.03. Zwischen Emden und New York wird ein Fernsprechkabel in Betrieb genommen. Es ist das erste deutsch-amerikanische Kabel nach dem Weltkrieg, in dessen Ergebnis Deutschland alle vorhandenen Überseekabel abtreten mußte.

13.05. Schwarzer Freitag an der Berliner Börse: es kommt zu Kursstürzen bis zu 80%.

01.08. Gebührenerhöhung bei der Deutschen Reichspost: Das Porto für Ortsbriefe erhöht sich von 5 auf 8 Reichspfennig, für Fernbriefe von 10 auf 15 Reichspfennig, für Ortspostkarten von 3 auf 5 Reichspfennig und für Fernkarten von 5 auf 8 Reichspfennig.

01.10. Der motorisierte Straßenhilfsdienst des ADAC beginnt seine Arbeit.

## 1928

01.01. Zwischen Deutschland und Großbritannien wird der Visumzwang aufgehoben.

17.01. Zwischen Deutschland und Norwegen wird der Visumzwang aufgehoben.

10.03. In den USA wird das nach dem Weltkrieg beschlagnahmte deutsche Vermögen wieder frei gegeben.

15.09. Zwischen Deutschland und Italien wird der Visumzwang aufgehoben.

15.10. Zwischen Deutschland und Spanien wird der Visumzwang aufgehoben.

10.11. Vertrag zwischen Deutschland und Rumänien über Entschädigungszahlungen an Rumänien und die Freigabe beschlagnahmten deutschen Eigentums.

## Wirtschaft

01.01. In Deutschland gibt es reichlich 2 Millionen registrierte Rundfunkhörer.

10.02. Zwischen Deutschland und den USA wird der drahtlose Telefonverkehr eingerichtet.

25.05. In Dessau wird der Bau des 1000. Junkers-Flugzeuges gefeiert.

10.08. Aufnahme des Fernsprekverkehrs von Deutschland nach Spanien sowie Portugal

20.11. Erste Bildfunk-Probesendungen durch den Sender Königs Wusterhausen gelten später als Geburtsstunde des Fernsehens in Deutschland. Die Maschinenbaugesellschaft Karlsruhe muß aus wirtschaftliche Gründen den Lokomotivbau aufgeben. Auch die traditionsreichen Lokomotivbauunternehmen Wolf in Erfurt, Union Eisengießerei in Königsberg und Vulkan in Stettin müssen den Lokomotivbau einstellen. Zum Jahresende sind im Deutschen Reich 1 081 487 Kraftfahrzeuge zugelassen.

## 1929

01.04. Anschluß des Freistaates Waldeck an das Land Preußen.

04.05. Auf der Pariser Sachverständigenkonferenz zur Neuregelung der Reparationsfrage billigt die deutsche Delegation unter Vorbehalt die Vorschläge des US-amerikanischen Vorsitzenden Owen D. Young. Sie sehen Reparationszahlungen des Deutschen Reichs für die Dauer von 58 Jahren vor.

07.06. Unterzeichnung des Young-Planes zur Neuregelung der deutschen Reparationszahlungen in Paris. Danach soll das Deutsche Reich bis 1987 Jahresraten von durchschnittlich je 2 Mrd. Goldmark zahlen.

30.08. Auf der Haager Konferenz wird das Abkommen über die Räumung des Rheinlandes durch die Entente-Truppen unterzeichnet, die bis Ende Juni 1930 abgeschlossen sein soll.

31.10. In einem Abkommen verzichten Deutschland und Polen gegenseitig auf Entschädigungen.

## Wirtschaft

22.02. Ernst von Borsig überreicht der Reichsregierung im Auftrag der deutschen Lokomotivindustrie eine Denkschrift zur Lage der deutschen Eisenbahnwirtschaft, in der u. a. ein Reichsauftrag über 100 Lokomotiven gefordert wird.

17.03. Der US-amerikanische Automobilkonzern General Motors erwirbt für 120 Millionen Reichsmark die Aktienmehrheit an der deutschen Adam Opel AG in Rüsselsheim.

25.10. Der sogenannte schwarze Freitag an der New Yorker Börse bestimmt den Beginn der Weltwirtschaftskrise. Vorausgegangene Spekulationen führten in kürzester Zeit zu Kursstürzen um bis zu 90%. In der Folge bricht bereits am 30.11. eine Dresdner Privatbank zusammen.

09.11. Per Gesetz wird dem schwedische Großindustriellen Ivar Kreuger im Deutschen Reich das Zündwarenmonopol eingeräumt. Im Gegenzug gewährt er der Reichsregierung einen Millionenkredit. Die traditionsreiche Berlin Lokomotivfabrik A. Borsig gibt den Lokbau an die AEG in Hennigsdorf ab. Die sächsische Maschinenfabrik vorm. R. Hartmann in Chemnitz muß aufgrund der Wirtschaftskrise den Lokomotivbau einstellen. Die Hohenzollern AG für Lokomotivbau in Düsseldorf-Derendorf muß ebenfalls aus wirtschaftlichen Gründen ihre Produktion einstellen. Zum Jahresende sind im Deutschen Reich 1,899 Millionen Menschen arbeitslos.

## 1930

03.01. Beginn der zweiten Haager Konferenz über die endgültige Regelung der Reparationszahlungen.

20.01. In der Schlußakte der Haager Konferenz (Young-Plan) wird für die Reparationszahlungen eine Gesamtsumme von 34,5 Milliarden Reichsmark festgelegt, welche bis 1988 in jährlichen Raten zu erbringen sind. Das Deutsche Reich erhält seine volle Souveränität zurück.

27.03. Rücktritt der Regierung Hermann Müller aufgrund schwerwiegender Differenzen bei der Aufstellung des Haushalts.

30.03. Heinrich Brüning wird neuer Reichskanzler. Er regiert jedoch ohne Reichstagsmehrheit durch Erlasse von Notverordnungen.

27.05. Die Reichsregierung beschließt einen "Notopferplan"; danach müssen alle diejenigen Einkommensbezieher, deren Arbeitsplatz nicht gefährdet ist, zehn Prozent mehr Steuern bezahlen.

30.06. Abzug der letzten französischen Besatzungstruppen aus dem Rheinland.

01.09. Die Reichsregierung erhebt die "Reichshilfe zur finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung". Alle Berufstätigen, die fest angestellt sind, müssen dafür bis einschließlich März 1931 monatlich 2,5% ihrer Gehaltsbezüge an den Staat abführen.

01.12. Die Reichsregierung erläßt die "Notverordnung zur Sicherung der Wirtschafts- und Finanzlage".

## Wirtschaft

21.03. Eröffnung einer drahtlosen Telefonverbindung zwischen Deutschland und Brasilien.

25.03. Zusammenschluß der beiden größten deutschen Reedereien Hapag und Norddeutscher Lloyd.

05.04. Aufnahme des Telefonverkehrs von Deutschland nach Moskau.

15.04. Im Deutschen Reich sind 2 937 000 Menschen als erwerbslos registriert, davon sind 25% Dauerarbeitslose.

01.07. Im mansfeldischen Kupferschieferbergbau streiken die Berg- und Hüttenarbeiter, nachdem ihnen eine 15%ige Lohnkürzung angekündigt wurde. Am 25.07. wird der Streik beendet, nachdem die Reichsregierung Unterstützung für die Unternehmen zugesagt hat.

01.08. Es wird die "Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeit" gegründet. Die vom Reich kontrollierte Gesellschaft soll mit Krediten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen fördern.

21.08. Im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung kündigt die Reichspost Aufträge an deutsche Unternehmen mit einem Gesamtvolumen von 200 Millionen RM an.

01.10. Im Deutschen Reich gibt es inzwischen 3 731 681 Rundfunkteilnehmer. Damit besitzt jeder vierte deutsche Haushalt einen Rundfunkempfänger.

02.10. In Anwesenheit des US-amerikanischen Firmengründers Henry Ford wird in Köln der Grundstein für eine Zweigniederlassung der Ford-Werke gelegt.

16.11. Zwischen den USA und dem Deutschen Reich wird der Bildtelegraphendienst aufgenommen.

21.11. Der Rundfunk-Großsender in Mühlacker bei Stuttgart wird von der Reichspost in Betrieb genommen.

Die traditionsreiche Breslauer AG für Eisenbahnwagen-, Lokomotiv- und Maschinenbau (Linke-Hoffmann-Busch) muß aus wirtschaftlichen Gründen den Dampflokomotivbau einstellen.

## 1931

02.06. In der umgebauten früheren Neuen Wache Unter den Linden in Berlin wird eine Gedenkstätte für die Toten des Weltkriegs 1914 bis 1918 eingeweiht.

05.06. Die Notverordnung "Zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen" sieht neue Sparmaßnahmen vor, um das Haushaltsdefizit des Reiches (574 Mio. RM), der Länder und Gemeinden (302 Mio. RM) und die Fehlbeträge bei Arbeitsbeschaffungsprogramm und Krisenhilfe (385 Mio. RM) zu decken.

09.07. Reichsbankpräsident Hans Luther bemüht sich in London und Paris um neue Kredite für das Deutsche Reich.

17.07. Erlaß einer Notverordnung über das Pressewesen, mit deren Hilfe Zeitungsverbote leichter und schneller als bisher durchgesetzt werden können.

11.08. Auf Initiative des amerikanischen Präsidenten Hoover kommt ein Moratorium zustande, auf dessen Grundlage die Reparationszahlungen des Deutschen Reichs für ein Jahr ausgesetzt werden.

## Wirtschaft

22.01. Eröffnung des "Haus des Rundfunks" in der Berliner Masurenallee

31.07. Die traditionsreiche Hannoversche Maschinenbau AG (Hanomag) stellt ihre Lokomotivproduktion ein.

15.03. Die Zahl der Arbeitslosen im Deutschen Reich erreicht mit 4,980 Millionen einen neuen Höchststand.

01.05. Das New Yorker Empire State Building wird eingeweiht; es ist mit einer Höhe von 381 m und 102 Stockwerken das höchste Gebäude der Welt.

12.06. In Köln wird das neue Zweigwerk des amerikanischen Automobilkonzerns Ford eingeweiht.

13.07. Die drittgrößte deutsche Bank, die Darmstädter und Nationalbank (Danatbank) ist zahlungsunfähig. Banken und Börsen bleiben für die nächsten 2 Tage geschlossen. Barauszahlungen bleiben bis zum 05.08. beschränkt.

16.07. Verordnung über den Verkehr mit ausländischen Zahlungsmitteln. Der An- und Verkauf ausländischer Währung ist nur über die Reichsbank möglich, Termingeschäfte mit Devisen werden untersagt.

18.07. Notverordnung gegen Kapital- und Steuerflucht. Danach sind der Besitz ausländischer Zahlungsmittel sowie Forderungen in fremder Währung meldepflichtig.

20.07. Die Bremer Bank J. F. Schröder erklärt sich für zahlungsunfähig.

01.08. Im Deutsche Reich sind 3,99 Mio. Menschen arbeitslos.

21.08. In Berlin beginnt die achte Große Deutsche Funkausstellung. Zu den Attraktionen gehört der erste elektronische Fernsehempfänger mit Braunscher Röhre, ein Erzeugnis der Firma Loewe.

24.09. Die Kölner Bank Deichmann & Co. ist zahlungsunfähig. In Halle stellt die Bank Friedmann & Co. einen Vergleichsantrag. Die Münchener Lokomotivfabrik Krauß muß aus wirtschaftlichen Gründen mit der Maffei AG fusionieren und ihr Werk in Linz (Donau) aufgeben.

## 1932

06.01. Reichskanzler Brüning erklärt, daß Deutschland keine Reparationszahlungen mehr leisten kann.

25.01. Die internationale Verwaltungskommission für das Saargebiet untersagt Mitgliedern sämtlicher deutscher Parteien die Einreise ins Saargebiet, um Propaganda für den Wiederanschluß an das Deutsche Reich im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen im Saarland zu verhindern.

26.01. A. Hitler wirbt vor dem Industrieclub in Düsseldorf vor 650 Vertretern der deutschen Wirtschaft in einer Propagandarede um finanzielle Unterstützung seiner Partei.

01.06. Nachdem am 30.05. Heinrich Brüning mit seinem Kabinett zurückgetreten war, stellt der neue Reichskanzler Franz von Papen sein "Kabinett der nationalen Konzentration" vor.

09.07. Konferenz von Lausanne Ende der Reparationszahlungen Deutschland nach einer Abschlußzahlung von 3 Milliarden Goldmark.

13.08. Bei einem Gespräch mit Reichspräsident v. Hindenburg lehnt A. Hitler das ihm angebotene Vizekanzleramt ab, er fordert das Amt des Reichskanzlers.

20.08. Die Reichsregierung berät mit dem Reichspräsidenten über die Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogrammes.

04.09. Die Reichsregierung setzt eine umstrittene Notverordnung zur Wirtschaftsstabilisierung binnen 12 Monaten in Kraft, nach der auch Lohnkürzungen vorgesehen sind.

09.09. Deutschland fordert von den USA einen Zahlungsaufschub von 18 Monaten, der jedoch von amerikanischer Seite abgelehnt wird.

30.09. Auf Beschluß des Dessauer Stadtrates muß das Bauhaus seinen Betrieb einstellen.

06.11. Reichstagswahlen: Die NSDAP erhält 33,1%, die SPD 20,4% und die KPD 16,9% der Stimmen.

17.11. Rücktritt von Reichskanzler v. Papen; in den nachfolgenden langwierigen Verhandlungen zur Regierungsbildung fordert Hitler wiederholt die Kanzlerschaft.

03.12. Kurt von Schleicher wird zum Reichskanzler ernannt.

## Wirtschaft

05.01. Dortmund und Dresden sind die ersten Städte, die ihre finanziellen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen können.

15.01. Die Deutsche Reichspost senkt das Briefporto von 15 auf 12 Rpf.

31.01. In Deutschland gibt es fast 4 Millionen registrierte Rundfunkempfänger.

15.02. Die Arbeitslosenzahl im Deutschen Reich überschreitet erstmals die Rekordmarke von 6 Millionen und erreicht eine Quote von 18%. Hinzu kommen rund 3 Millionen Kurzarbeiter. Die Kapazitäten der deutschen Industrie sind nur mit 45% ausgelastet und die Industrieproduktion beträgt lediglich 57,2% des Standes von 1928.

01.08. Im Deutschen Reich sind mit knapp 5,5 Millionen Arbeitslosen rund 1,5 Millionen mehr Menschen ohne Broterwerb als vor Jahresfrist.

10.08. Reichsarbeitsminister Schäffer will im Reichsarbeitsdienst 200 000 Menschen einen Arbeitsplatz bieten; am 12.10. wird diese Zahl aus Kostengründen auf 100 000 reduziert.

25.11. Das Berliner Konjunkturforschungsinstitut teilt mit, daß das Lohnniveau in Deutschland seit 1929 um rund 20% gesunken ist.

## 1933 – Adolf Hitler kommt

28.01. Nach langwierigen erfolglosen Verhandlungen um eine handlungsfähige Regierung und der Weigerung Reichspräsident Hindenburgs, den Reichstag aufzulösen, tritt die Regierung v. Schleicher geschlossen zurück.

**30.01. Machterschleichung der Nationalsozialisten.** In Hitlers Kabinett sind mit Göring und Innenminister Frick zwei weitere NSDAP-Funktionäre, die entscheidenden Einfluß auf die Exekutive haben. Damit wurde der Weg frei

zur schrittweisen Abschaffung der parlamentarischen Demokratie. In den folgenden Tagen werden vom Reichspräsidenten mehrere Notverordnungen erlassen, die auch die bürgerlichen Rechte einschränken. Der Reichstag wird aufgelöst und es kommt zu vielfältigen Unruhen im ganzen Deutschen Reich.

27.02. Brand des Reichstagsgebäudes in Berlin; die Umstände werden niemals restlos geklärt. Noch in der gleichen Nacht werden hunderte NSDAP-Gegner verhaftet. Am Folgetag werden neue Notverordnungen in Kraft gesetzt, wodurch die Grundrechte der Bürger weiter eingeschränkt werden. Eine erste Emigrationswelle beginnt. Zahlreiche Publikationen müssen ihr Erscheinen einstellen. In vielen Regionalparlamenten treten Angehörige demokratischer Parteien zurück. Es mehren sich willkürliche Verhaftungen; bis April werden rund 25 000 Regimegegner inhaftiert. Systematische Repressalien gegen politisch Andersdenkende und Menschen jüdischen Glaubens nehmen massiv zu.

05.03. Bei den Reichstagswahlen erhält die NSDAP 43,9% der Stimmen und wird stärkste Partei und verfügt gemeinsam mit der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot über die absolute Mehrheit der Sitze.

13.03. Goebbels wird Leiter des neugeschaffenen Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda.

23.03. Gegen die Stimmen der SPD beschloß der Reichstag das "Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich", das sogenannte Ermächtigungsgesetz. Damit erhielt die Regierung weitestgehende Handlungsfreiheit ohne Kontrolle durch Parlament und Reichspräsident; der Reichstag hat sich damit selbst entmachtet.

31.03. Durch das "Gesetz über die Gleichstellung der Länder mit dem Reich" wird die föderale Struktur der Weimarer Republik zerschlagen und die Länderparlamente aufgelöst. Außer in Preußen werden in allen Ländern Reichsstatthalter eingesetzt.

07.04. Mit Hilfe des Gesetzes zur "Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" werden Regimegegner und Nichtarier von einer Beamtenlaufbahn ausgeschlossen.

14.10. Goebbels verlangt den Austritt des Deutschen Reichs aus dem Völkerbund und den Rückzug von den Genfer Abrüstungsverhandlungen.

12.11. Die Reichstagswahlen und die Volksabstimmung über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund gehen nach umfassender propagandistischer Vorbereitung ganz im Sinne der nationalsozialistischen Machthaber aus.

27.11. Die Gründung des nationalsozialistischen Kultur- und Freizeitwerkes "Kraft durch Freude" (KdF) wird auf einer Veranstaltung der Deutschen Arbeitsfront verkündet.

## Wirtschaft

31.01. In Deutschland sind offiziell mehr als 6 Millionen Menschen arbeitslos.

19.05. Das neue Reichsgesetz über die Treuhänder der Arbeit übergibt die Regelung von Lohn- und Arbeitsbedingungen an Treuhänder, welche für größere Wirtschaftsregionen berufen werden.

12.06. Das Reichsgesetz gegen Verrat an der deutschen Volkswirtschaft enthält eine Anzeigepflicht für vermögenssteuerpflichtige Werte oberhalb 200 Reichsmark. Die meisten Verbände der Wirtschaft werden von den Nationalsozialisten nach dem Führerprinzip gleichgeschaltet oder aufgelöst.

18.08. In Berlin beginnt die 10. Große Deutsche Funkausstellung. Dabei wird der neuentwickelte Volksempfänger VE301 vorgestellt, der bis zum Jahresende in 860 000 Exemplaren verkauft wird, und der fortan als allgegenwärtiges Sprachrohr der Nazipropaganda dient.

15.09. Carl Krauch, Vorstandsmitglied der I.G. Farbenindustrie AG, schlägt einen Vierjahresplan zur Herstellung von Treibstoffen aus inländischen Rohstoffen vor.

## 1934

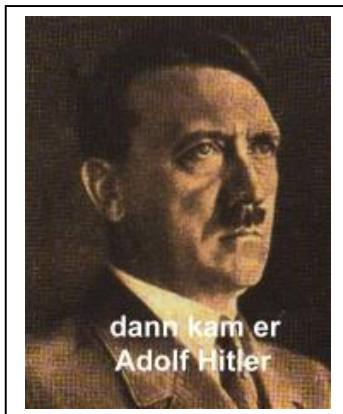
26.01. Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes mit einer Dauer von 10 Jahren.

30.01. Gesetz zum Neuaufbau des Reiches. Die Länderparlamente werden aufgelöst und die Landesregierungen werden zu Organen der Reichsregierung. Dieses Gesetz geht deutlich über das Ermächtigungsgesetz vom 23.03.1933 hinaus, indem es der Reichsregierung Vollmacht zur Verfassungsänderung erteilt. Die Nationalsozialisten verfügen damit über die uneingeschränkte Macht auf allen politischen Ebenen.

24.04. Gesetz über die Schaffung des Volksgerichtshofes, der am 01.08. seine Tätigkeit aufnimmt.

02.08. Reichspräsident v.Hindenburg stirbt auf seinem Gut in Westpreußen. Hitler übernimmt dessen Amt und wird zusätzlich Oberbefehlshaber der Wehrmacht.

22.08. Per Gesetz müssen fortan alle Beamten ihren Amtseid auf den "Führer und Reichskanzler" leisten. Die Propaganda der Nazis konzentriert sich im Herbst zunehmend auf die bevorstehende Abstimmung im Saarland über den zukünftigen Status des Gebietes, um ein eindeutiges Votum für den Anschluß an Deutschland zu sichern.



## Wirtschaft

Durch vielschichtige Maßnahmen erreicht die nationalsozialistische Regierung eine allumfassende Kontrolle über die gesamte Wirtschaft mit ihren Organen, die Handwerkschaft und die Presse.

21.03. Hitler eröffnet die zweite Arbeitsschlacht in Deutschland.

15.05. Gesetz über die Regelung des Arbeitseinsatzes, welches die freie Wahl des Arbeitsplatzes einschränkt.

30.07. Reichsarbeitsminister Seldte untersagt Facharbeitern die Auswanderung aus Deutschland.

31.08. Die Arbeitslosenzahl in Deutschland liegt offiziell bei knapp 2,4 Mio und damit um über 1,7 Mio niedriger als vor Jahresfrist.

07.09. Nach einer offiziellen Verlautbarung arbeiten auf den 51 Baustellen der Reichskrafftahrbahnen (Autobahnen) 52 000 Arbeiter und weitere 100 000 in den Zulieferwerken; diese Zahlen sollen in den kommenden Monaten verdoppelt werden.

## 1935

Das Jahr 1935 ist gekennzeichnet von umfassenden Bestrebungen der Nazis zur Gleichschaltung und Zentralisierung. Das betrifft insbesondere die Justizbehörden, aber auch nichtstaatliche wirtschaftliche, kulturelle und kirchliche Einrichtungen. Die Zensur auf Veröffentlichungen jeder Art und das Strafrecht werden drastisch verschärft. Es werden mehrere rassistische Gesetze erlassen und es mehren sich Ausbürgerungen.

13.01. Volksabstimmung im Saarland über den zukünftigen Status des Gebietes, das seit dem Versailler Vertrag unter Verwaltung des Völkerbundes und in wirtschaftlicher Vereinigung mit Frankreich steht. 90,5% entscheiden sich für den Wiederanschluß an Deutschland. Dieses Wahlergebnis wird von den Nazis propagandistisch ausgeschlachtet.

26.02. Hitler verkündet die offizielle Einrichtung einer Luftwaffe, damit werden die Bestimmungen des Versailler Vertrags endgültig auch offiziell unterlaufen.

01.03. Wiederanschluß des Saarlandes an Deutschland, nachdem bereits am 16.01. eine Zollgrenze zu Frankreich errichtet wurde und die bestehende Zollgrenze zu Deutschland am 20.02. aufgehoben wurde.

16.03. Hitler verkündet die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht, eine weitere grundlegende Verletzung des Versailler Ver-

trages. Am 01.11. wird der erste Rekrutenjahrgang (1914) eingezogen.

18.06. Unterzeichnung eines deutsch-britischen Flottenabkommens, worin die im Versailler Vertrag festgeschriebenen Kapazitätsgrenzen für die deutsche Seekriegsflotte vervierfacht werden. Dieses Abkommen stößt auf heftigen Widerstand Frankreichs.

## Wirtschaft

30.01. Reichsbankpräsident Schacht wird neuer Reichswirtschaftsminister. Am 03.05. legt er seine Denkschrift zur Rüstungsfinanzierung vor. Darin heißt es, daß der Durchführung des Rüstungsprogramms alles andere untergeordnet werden müsse. Am 21.05. wird er "Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft".

08.02. Durch das Gesetz über die Devisenwirtschaft wird die totale staatliche Regulierung des Außenhandels erreicht.

17.02. Im Deutschen Reich wird der Achtstundentag als verbindliche Arbeitszeit eingeführt.

26.02. Durch die Einführung eines Arbeitsbuchs, das als amtlicher Ausweis über Bildung und berufliche Entwicklung dienen soll, wird ein zusätzliches neues Kontrollinstrument geschaffen.

## 1936

Das Jahr 1936 ist gekennzeichnet von weiter zunehmenden Repressalien gegen Menschen jüdischen Glaubens. Gleichzeitig verschärft sich der Konflikt zwischen den Nationalsozialisten und den christlichen Kirchen.

07.03. Einmarsch der Wehrmacht in das seit dem Versailler Vertrag entmilitarisierte Rheinland. Da England und Italien nicht dagegen auftreten, sieht sich auch Frankreich nicht in der Lage, seinen Protest geltend zu machen. In einer Reichstagsrede unterbreitet Hitler eine "Friedensofferte" und bietet die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund an.

11.07. Freundschaftsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich.

22.07. Die Deutsche Reichsregierung sagt dem spanischen Putschgeneral Franco Unterstützung zu.

01.-16.08. Die Olympischen Spiele in Berlin werden von den Nationalsozialisten zur propagandistischen Darstellung ihres angeblichen Friedenswillens und ihrer vermeintlichen Weltoffenheit mißbraucht. meintlichen Weltoffenheit mißbraucht.

24.08. Erhöhung der Dienstpflicht in der Wehrmacht von einem auf zwei Jahre.

26.08. Hitler fordert in einer geheimen Vierjahresplan-Denkschrift, daß Armee und Wirtschaft in spätestens vier Jahren kriegsbereit sein sollen.

25.10. Geheimer Kooperationsvertrag zwischen den faschistischen Staaten Deutschland und Italien; Begründung der "Achse Berlin - Rom".

14.11. Die deutsche Reichsregierung erklärt die Wiederherstellung der deutschen Hoheit über die Flüsse Rhein, Elbe, Donau und Oder, die im Versailler Vertrag von 1919 internationalisiert worden sind.

25.11. Deutschland und Japan unterzeichnen den gegen die Sowjetunion gerichteten Anti-Komintern-Pakt.

01.12. Mit dem "Gesetz über die Hitler-Jugend" wird diese faschistische Organisation als einzige Jugendorganisation in Deutschland anerkannt.

## Wirtschaft

15.02. Auf der Internationalen Automobil- und Motorrad-Ausstellung werden erstmalig Autoreifen aus synthetischem Kautschuk (Buna) vorgestellt.

04.04. Hitler ordnet per Geheimerlaß die verstärkte "Wehrhaftmachung" des Deutschen Reiches an.

25.04. Grundsteinlegung für das Buna-Werk in Schkopau, dem weltweit ersten Betrieb zur großtechnischen Herstellung synthetischen Kautschuks; bereits während der Bauarbeiten werden drei weitere Buna-Werke in Deutschland konzipiert.

08.06. Die Deutsche Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung teilt mit, daß die Zahl der Arbeitslosen im Deutschen Reich erstmals seit 1933 unter 1 500 000 gefallen ist.

09.09. Auf dem 8. NSDAP-Reichsparteitag läßt Hitler den Vierjahresplan verkünden, in dessen Rahmen eine weitgehende Autarkie der deutschen Wirtschaft von ausländischen Rohstoffimporten erreicht werden soll.

17.10. Die Firma Agfa stellt in Berlin einen neuen Farb-Schmalfilm vor.

06.12 Zur Verbesserung der Rohstofflage werden Altmaterialsammlungen organisiert.

17.12. Hermann Göring verlangt als Beauftragter für die Rohstoff- und Devisenfragen von der Großindustrie die verstärkte Bereitstellung von Rohstoffen und Devisen und verspricht ihr im "siegreichen Krieg" reichliche Entschädigung.

## 1937

30.01. Hitler verkündet auf einer Reichstags-sitzung, daß das Deutsche Reich die uneingeschränkte Hoheit über die Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn wieder an sich genommen hat.

30.01. Der Deutsche Reichstag verlängert das »Ermächtigungsgesetz« vom 24. März 1933 um weitere vier Jahre.

30.01. Hitler verbietet jedem Deutschen die Annahme eines Nobelpreises und stiftet dafür einen Deutschen Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft.

10.02. Gesetz zur Neuregelung der Verhältnisse der Reichsbank und der Deutschen Reichsbahn. Formell tritt es mit seiner Verkündung am 12.02. in Kraft, praktisch ist es rückwirkend vom 30.01.1937 an wirksam.

## Wirtschaft

01.01. Per Verordnung wird die Verwendung von rostfreiem Stahl für die Produktion verschiedener Güter eingeschränkt, wodurch die Stahlversorgung der Rüstungsproduktion gesichert werden soll.

05.01. Die Werbung für Speisefette wird untersagt, um die Nachfrage danach einzugrenzen.

07.01. Ein Berliner Institut stellt die Unmöglichkeit der Autarkie des Deutschen Reiches im Bereich landwirtschaftlicher Rohstoffe fest.

27.01. Abschluß eines Wirtschaftsvertrages mit Österreich zur Ausweitung des bilateralen Handels.

28.01. Unbefristete Fortsetzung der aus dem Jahre 1935 stammenden Beihilfen-Regelung zur Förderung von Holzgasgeneratoren bei Kraftfahrzeugen und stationären Anlagen.

30.01. Der Architekt Albert Speer wird von Hitler zum "Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt Berlin" ernannt.

12.04. Im Rahmen der reichsweiten Aktion "Kampf dem Verderb" startet der deutsche Reichsausschuß für volkswirtschaftliche Aufklärung einen Werbefeldzug für Kühlschränke.

23.04. Der Leiter des Hauptamtes für Technik, Fritz Todt, verkündet den Zusammenschluß aller technisch-wissenschaftlichen Verbände und Vereine im Deutschen Reich zum "Nationalsozialistischen Bund Deutscher Technik"

30.04. Die offizielle Zahl der Arbeitslosen im Deutschen Reich ist erstmals seit 1925 wieder unter eine Million gesunken.

15.07. Gründung der "AG für Erzbergbau und Eisenhütten Hermann Göring" (Reichswerke Hermann Göring). Sie soll der Förderung wenig ergiebigen Erzes im Deutschen Reich dienen.

## 1938

04.02. Reichswehrminister v. Blomberg und der Oberbefehlshaber der Wehrmacht v. Fritsch werden wegen ihrer Kritik an Hitlers Kriegsplänen entlassen. Hitler übernimmt selbst das Oberkommando über die Wehrmacht. Weiterhin kommt es zu umfangreichen personellen Umbesetzungen in der Wehrmacht und im diplomatischen Korps.

10.02. In Breslau entsteht die erste Lautsprecheranlage für Propagandazwecke (Inbetrieb-

nahme am 23.06.). Bis 1944 sollen in deutschen Städten 6000 derartige Lautsprecher Säulen auf öffentlichen Plätzen aufgestellt werden.

12.03. Deutsche Truppen marschieren in Österreich ein, ohne auf militärischen Widerstand zu stoßen.

13.03. Hitler verkündet in Linz den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich. In den folgenden Tagen werden eine Reihe von Reichsgesetzen auch für Österreich für verbindlich erklärt. Die Beamten werden auf Deutschland vereidigt, wer den Eid nicht ablegt, wird entlassen.

01.04. Vereinigung der Provinzen Niederschlesien und Oberschlesien zur neuen Provinz Schlesien.

10.04. Bei der Volksabstimmung über den Anschluß Österreichs an Deutschland stimmen über 99% der Wähler dafür.

26.04. Als weitere Schikane müssen alle Juden ihr Vermögen anmelden.

24.05. Änderung der österreichischen Regionalstruktur und Bildung von sieben Gauen

30.05. Hitler erklärt gegenüber Wehrmachtsführern seinen Plan einer militärischen Zerschlagung der Tschechoslowakei, nachdem es in den vorangegangenen Wochen vermehrt zu Provokationen durch Sudetendeutsche gekommen war.

30.06. In einem geänderten Flottenabkommen mit Großbritannien wird Deutschland der Bau von Kriegsschiffen bis 45000 t zugestanden.

17.08. Alle Juden, die keinen entsprechenden Vornamen haben, müssen ab sofort einen zusätzlichen jüdischen Vornamen (Israel für Männer bzw. Sara für Frauen) führen.

05.-12.09. NSDAP-Reichsparteitag "Großdeutschland" in Nürnberg.

29.+30.09. Münchner Konferenz zur Sudetenfrage mit Vertretern Großbritanniens, Frankreichs und Italiens. Die Tschechoslowakische Regierung ist nicht eingeladen, erklärt aber auf britischen Druck hin ihre Zustimmung zur Abtretung von 29000 km<sup>2</sup> Territorium, in dem 4,4 Mio. Menschen leben, an Deutschland bis zum 10.10. Später muß die CSR noch 10000 km<sup>2</sup> mit einer Million Einwohnern an Ungarn abtreten. Vorangegangen waren schon Wochen vorher gezielte Provokationen der Tschechoslowakischen Regierung durch die faschistische Sudetendeutsche Partei und durch Deutschland selbst.

01.-10.10. Einmarsch deutscher Truppen in das Sudetengebiet.

01.10. Vereinigung der preußischen Provinzen Grenzmark Posen-Westpreußen und Pommern.

07.11. Ein 17jähriger polnischer Jude erschießt in Paris einen deutschen Diplomaten. Der Vorfall ist für Goebbels willkommener Anlaß für

eine neue Zuspitzung der Hetzpropaganda gegen Menschen jüdischen Glaubens.

09.11. In der bewußt aufgeputschten Situation des 15. Jahrestages des Hitlerputsches finden im ganzen Deutschen Reich durch SA-Schlägertrupps lange vorbereitete Pogrome ("Reichskristallnacht") gegen jüdische Bürger statt, wobei 91 Menschen sterben und viele mißhandelt und verletzt werden. In den Folgetagen werden rund 35 000 jüdische Menschen in Konzentrationslager verschleppt, von denen wiederum viele bereits innerhalb weniger Tagen sterben.

12.11. Durch mehrere Verordnungen werden weitere umfassende Repressalien gegen jüdische Bürger erlassen, womit ein praktischer Ausschluß aus dem Wirtschafts- und Kulturleben verbunden ist.

21.11. Per Gesetz werden die sudetendeutschen Gebiete zum Bestandteil des Deutschen Reichs erklärt.

## Wirtschaft

15.02. Im Rahmen des Vierjahresplanes wird für unverheiratete Frauen unter 26 Jahren ein Pflichtjahr in der Haus- oder Landwirtschaft eingeführt.

17.03. Mit einem Kurs von 1,5 Schilling pro Reichsmark wird die Reichsmark zum gesetzlichen Zahlungsmittel in Österreich; am 25.03. werden die alten österreichischen Banknoten ungültig.

23.03. Verordnung zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Österreichs, in dem u.a. der Bau von Autobahnen und von Wasserkraftanlagen vorgesehen ist.

26.05. Grundsteinlegung für das Volkswagenwerk bei Wolfsburg

14.06. Beginn der baulichen Umgestaltung Berlins mit der Grundsteinlegung für das Haus des Deutschen Fremdenverkehrs.

01.07. Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Polen

09.07. Bei Regensburg wird der Grundstein zu einem Holzverzuckerungswerk gelegt, das auf der Grundlage von Forschungen des deutschen Chemikers Friedrich Bergius ab Juli 1939 jährlich bis zu 300 000 Raummeter Holz zu Zucker verarbeiten soll.

## 1939 – Der 2te Weltkrieg

15.03. Unter massivem Druck Hitlers und nach von Deutschland und Ungarn forcierten heftigen Spannungen zwischen der Tschechei und der Slowakei unterzeichnen in Berlin der tschechoslowakische Staatspräsident Emil Hácha und sein Außenminister Frantisek Chvalkovsky eine vorbereitete Erklärung, nach der "das tschechische Volk unter den Schutz des Deutschen Reiches" gestellt wird. Wenige

Stunden später marschieren deutsche Truppen ungehindert in Prag ein.

16.03. Hitler proklamiert in Prag das "Protektorat Böhmen und Mähren". Hitler überträgt die vollziehende Gewalt in Böhmen und Mähren dem Oberbefehlshaber des Heeres.

22.03. Litauens übergibt nach einem deutschen Ultimatum das nach dem Versailler Vertrag von Ostpreußen abgetrennte Memelland mit 2657 km<sup>2</sup> Fläche und 141000 Einwohnern wieder an Deutschland.

23.03. Die Slowakei stellt sich per Vertrag unter deutschen Schutz.

Im zweiten und dritten Quartal des Jahres verschärft die deutsche Propaganda ihre Angriffe gegen England und Frankreich und fordert zunehmend die Wiedereingliederung Danzigs und die Wiedererlangung der ehemaligen deutschen Kolonien. Es wird systematische Hetze gegen Polen betrieben und wiederholt ein Korridor zwischen Deutschland und Ostpreußen gefordert.

28.04. Deutschland kündigt den 1934 abgeschlossenen Nichtangriffspakt mit Polen sowie die deutsch-britischen Flottenverträge von 1935 und 1937.

22.05. In Berlin wird ein Freundschafts- und Bündnisabkommen (Stahlpakt) zwischen Deutschland und Italien unterzeichnet.

31.05. Unterzeichnung eines Nichtangriffspakts zwischen Dänemark und dem Deutschen Reich.

07.06. Unterzeichnung von Nichtangriffspakten zwischen dem Deutschen Reich und Estland und Lettland. Im August wird die antipolnische Propaganda verschärft und in Danzig treten die Nationalsozialisten immer aggressiver auf.

17.08. Polen sperrt den sogenannten kleinen Grenzverkehr zum Deutschen Reich.

20.08. Deutsch-Sowjetisches Handels- und Kreditabkommen.

23.08. Deutsch-Sowjetischer Nichtangriffspakt mit geheimen Zusatzprotokoll über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessengebiete.

25.08. Abschluß eines Britisch-Polnischen Militärbündnisses.

26.08. Absage des für den vom 02.-11.09. in Nürnberg geplanten Reichsparteitag "Frieden".

28.08. Schließung der Deutschen Grenze zu Frankreich.

30.08. Generalmobilmachung in Polen.

31.08. Bewaffneter Überfall deutscher SD-Männer in polnischen Uniformen auf den Sender Gleiwitz.

01.09. Einmarsch deutscher Truppen in Polen, Beginn des II. Weltkrieges.

01.09. Wiedereingliederung Danzigs in das Deutsche Reich; das betreffende Gesetz war bereits vorher vorbereitet worden.

01.09. Ausgangssperre für Juden im Deutschen Reich.

02.09. Generalmobilmachung in Frankreich.

03.09. Kriegserklärungen Frankreichs und Englands an das Deutsche Reich.

17.09. Die sowjetische Armee überschreitet die polnische Grenze; einen Tag später treffen sich in Brest deutsche und sowjetische Truppen.

27.09. Kapitulation Warschaus.

06.10. Kapitulation der letzten polnischen Truppen. Hitler macht den Westmächten ein Friedensangebot, das diese ablehnen.

12.10. Bildung eines sogenannten Generalgouvernements aus den besetzten polnischen Gebieten, die nicht dem Deutschen Reich angegliedert wurden.

## Wirtschaft

01.01. Im Deutschen Reich sind ab sofort alle Betriebe zu einer regelmäßigen Buchführung verpflichtet, nachdem bisher die Finanzämter bei Kleinstunternehmen die Steuern lediglich geschätzt haben.

02.01. Eröffnung des Postsparkassendienstes in den Amtsräumen aller Postämter.

16.03. Reichswirtschaftsminister Funk verfügt die Schließung unrentabler Einzelhandelsgeschäfte.

22.03. Der Wechselkurs der tschechischen Krone zur Reichsmark wird mit 10:1 festgesetzt.

23.03. Im Memelgebiet wird die Reichsmark gesetzliches Zahlungsmittel zu einem Kurs von 2,5 Lit pro Reichsmark.

23.03. Unterzeichnung eines deutsch-rumänischen Wirtschaftsabkommens in Bukarest.

01.04. Nach Inkrafttreten eines neuen Zollgesetzes wird das gesamte "Großdeutschland" eine einheitliches Zollgebiet.

15.06. Die Reichsbank wird Hitler direkt unterstellt.

28.06.-06.08. 16. Große Deutsche Rundfunk- und Fernseh-Ausstellung in Berlin.

04.09. Der Ministerrat für die Reichsverteidigung erläßt eine Kriegswirtschaftsverordnung, in deren Rahmen u. a. verschiedene Steuern erhöht werden.

10.09. In Deutschland werden alle wichtigen Lebensmittel rationiert, dazu werden Lebensmittelkarten eingeführt.

26.09. Ein Uran-Verein wird im Heereswaffenamt Berlin gegründet, der die Möglichkeiten der Energiegewinnung durch Kernspaltung prüfen soll.

20.10. In Salzgitter werden die beiden ersten Hochöfen der "Reichswerke Hermann Göring" in Betrieb genommen.

27.11. Zu einem Wechselkurs von 2 Zloty = 1 Reichsmark wird die Reichsmark in den besetzten polnischen Gebieten zum alleinigen Zahlungsmittel erklärt.

## 1940

09.01. Die seit Herbst 1939 durchgeführte Umsiedlung der deutschstämmigen Bevölkerung aus den baltischen Staaten Estland und Lettland ins Deutsche Reich ist beendet. Die 70 000 Umsiedler wurden im Reichsgau Posen angesiedelt. Im Verlaufe dieses Jahres werden auch die Umsiedlungen von 83 200 Deutschstämmigen aus Wolhynien und Galizien sowie 13 500 aus dem Gebiet von Cholm und 80 000 aus Bessarabien abgeschlossen.

29.01. Der Reichsgau Posen wird per Führererlaß in Reichsgau Wartheland umbenannt; Hauptstadt wird am 12.04. das in Litzmanstadt umbenannte Lodz.

01.04. Durch das sogenannte Ostmarkgesetz wird der Anschluß Österreichs rechtlich abgeschlossen; außerdem werden in den ober-schlesischen Gebieten die Verwaltungen neu strukturiert.

09.04. Unter dem Decknamen "Weserübung" beginnt die Deutsche Wehrmacht mit der Besetzung der neutralen Staaten Dänemark und Norwegen.

10.04. Die kampflose Besetzung Dänemarks endet mit der Landung deutscher Truppen auf der Insel Bornholm.

24.04. Hitler verfügt die Einrichtung einer deutschen Zivilverwaltung in Norwegen unter dem Reichskommissar Josef Terboven.

10.05. Deutsche Truppen beginnen mit dem Einmarsch in die neutralen Staaten Niederlande, Belgien und Luxemburg ihre als "Fall Gelb" bezeichnete Westoffensive.

11.05. Die britische Regierung genehmigt Nachtangriffe von Bomberstaffeln auf deutsche Städte.

11.05. In der Schweiz wird ein deutscher Angriff befürchtet und die Generalmobilmachung angeordnet.

15.05. Die Niederlande kapitulieren, nachdem am Vortag die niederländische Königin ins englische Exil gegangen ist. Es wird eine deutsche Zivilverwaltung eingerichtet.

28.05. Belgien kapituliert unter Abtretung der Gebiete Eupen, Malmedy und Moresnet, die nach dem Versailler Vertrag an Belgien gefallen waren und die bereits am

18.05. per Führererlaß wieder in Deutschland eingegliedert wurden. Die Hauptstadt Brüssel war bereits am 17.05. kampflos genommen worden. Das Land bleibt unter deutscher Militärverwaltung.

27.04.-04.06. Evakuierung der bei Dünkirchen eingeschlossenen britischen Truppen.

05.06. Vorstoß deutscher Truppen nach Frankreich.

10.06. Kapitulation der norwegischen Armee. Der norwegische König und die Regierung

begaben sich bereits am 05.05. ins Exil nach England.

10.06. Italien erklärt Frankreich und Großbritannien den Krieg. Italienische Truppen greifen aber erst am 21.06. erfolglos Frankreich an.

17.06. Frankreich bietet Deutschland einen Waffenstillstand an. Die Kapitulation wird am 22.06. im Wald von Compiègne in demselben CIWL-Wagen unterzeichnet, in dem 1918 die deutsche Kapitulation besiegelt wurde. Am 27.06. wählt die französische Regierung das unbesetzte Vichy zu ihrem neuen Sitz.

23.06. Hitler besichtigt das besetzte Paris.

Im Herbst mehren sich die Kampfhandlungen zwischen Deutschland und England, insbesondere beiderseitige Luftangriffe. Traurige Höhepunkte stellen dabei die deutschen Bombenangriffe auf die englischen Städte Coventry am 14.11. und Birmingham am 20.11. dar.

28.09. Zwischen dem Deutschland, Italien und Japan wird der Dreimächtepakt gebildet.

03.10. Beginn der "Erweiterten Kinderlandverschickung". Aus Berlin und Hamburg werden 3000 Kinder in weniger von Bombenangriffen bedrohte ländliche Gebiete evakuiert.

07.12. Zusammenfassung von Lothringen und der Saarpfalz zum Gau Westmark.

## Wirtschaft

Durch eine Vielzahl von Verordnungen werden schrittweise die Bezugsmöglichkeiten für fast alle Waren reglementiert und an Bezugsscheine gebunden.

04.01. Der Beauftragte für den Vierjahresplan Hermann Göring wird zum Leiter der Kriegswirtschaft ernannt und Reichswirtschaftsminister Walther Funk wird Generalbevollmächtigter für die Wirtschaft, womit ein verstärkter Einfluß der Regierung auf die Wirtschaft erreicht werden soll.

07.01. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Richard Darre, erläßt Richtlinien zur Klassifizierung von sogenannten Selbstversorgern. Diese werden von Lebensmittelzuteilungen im Rahmen der Zwangswirtschaftung ausgenommen. Zu dieser Gruppe zählen nicht nur Landwirte, sondern auch Kleintierhalter, die ihre Lebensmittel z. B. durch die Haltung von Hühnern, zum Teil selbst produzieren.

27.01. Die deutsche Regierung fordert von der Verwaltung des Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete die Bereitstellung von mindestens einer Million Industrie- und Landarbeiter zum Arbeitseinsatz in Deutschland.

11.02. Unterzeichnung eines Wirtschaftsabkommens zwischen der Sowjetunion und dem Deutschen Reich. Danach erhält Deutschland umfangreiche Erdöl-, Edelmetall und Getreidelieferungen.

08.03. Das Reichssicherheitshauptamt verkündet die sogenannten Polenerlasse. Sie enthalten umfangreiche Bestimmungen zur Regelung der Arbeits- und Lebensbedingungen polnischer Zivilarbeiter in Deutschland.

19.03. Eröffnung des Bildfunkverkehrs zwischen dem Deutschen Reich und Japan über eine Entfernung von mehr als 10 000 km.

01.04. Erstmals wird in Deutschland die Sommerzeit eingeführt; mit der eine Energieeinsparung bezweckt werden soll.

08.04. Die aus Kupfer und Nickel bestehenden Pfennigmünzen werden durch neue Zinkmünzen ersetzt.

27.05. Abschluß eines "Öl-Waffen-Paktes" zwischen Deutschland und Rumänien.

09.06. Alle deutschen Rundfunksender strahlen ab sofort ein einheitliches Programm aus, welche in Berlin produziert wird.

29.07. Allen jüdischen Bürgern werden durch die deutsche Reichspost die Telefonanschlüsse gekündigt.

18.09. Zwischen dem Deutschen Reich und dem Protektorat Böhmen und Mähren wird die Zollgrenze aufgehoben. Die deutschen Zollvorschriften gelten mit sofortiger Wirkung auch im Protektorat.

18.10. Nach Ablauf des 1936 in Kraft gesetzten Vierjahresplanes wird Reichsmarschall Göring durch Hitler mit der Durchführung eines weiteren Vier-Jahres-Wirtschaftsplanes beauftragt.

21.11. Die "Deutsche Wochenschau" wird durch Zusammenfassung von vier Wochenschauen (Deulig, Fox, Tobis und Ufa) zur einzigen derartigen Informationsquelle.

## 1941

Im Winter kommt es zu schweren Bombenangriffen auf Städte in Südengland und in Nord- und Westdeutschland.

11.01. Hitler ordnet die Unterstützung der italienischen Truppen in Nordafrika und im Mittelmeerraum an.

19.01. Hitler und Mussolini stimmen ihr weiteres militärisches Vorgehen ab und beenden damit nicht nur ihren "Parallelkrieg" sondern auch die Abgrenzung ihrer Interessensgebiete nördlich und südlich der Alpen. Im Februar wird daraufhin das deutsche Afrikakorps unter Rommel aufgestellt.

07.02. Luxemburg wird in den Gau Koblenz-Trier eingegliedert, welcher fortan als Moselland bezeichnet wird.

01.03. Beitritt Bulgariens zum Dreimächtepakt Deutschland - Italien - Japan; am 02.03. marschieren deutsche Truppen in Bulgarien ein.

25.03. Jugoslawien tritt dem Dreimächtepakt bei; zwei Tage später wird die jugoslawische

Regierung durch einen Militärputsch entmacht.

25.03. Offizieller Abschluß der Übersiedlung von 60 000 Deutschen aus den baltischen Staaten ins Deutsche Reich.

30.03. Hitler kündigt in einer Rede vor über 200 Befehlshabern der deutschen Wehrmacht in der Berliner Reichskanzlei einen rassendeologischen Vernichtungskrieg ohne Bindung an kriegsrechtliche Normen gegen die Sowjetunion an.

06.04. Deutsche Truppen marschieren über Ungarn, Rumänien und Bulgarien in Jugoslawien und Griechenland ein; am 17.04. kapitulieren die jugoslawischen Truppen.

10.05. Hitler-Stellvertreter Heß fliegt auf eigene Faust nach Schottland, um nach eigener Aussage mit England über eine Friedenslösung zu verhandeln; er wird sofort gefangen genommen. Am 12.05. wird er allen Ämtern enthoben und am 14.05. wird in Deutschland eine Nachrichtensperre über den Fall Heß<sup>1</sup> verhängt.

13.05. In Agram (Zagreb) wird ein Grenzvertrag zwischen Kroatien und dem Deutschen Reich unterzeichnet, dieser beinhaltet die Angliederung der Südsteiermark an das Deutsche Reich.

20.05. Deutsche Luftlandeinheiten greifen die von Briten gehaltene griechische Insel Kreta an; das Oberkommando der Wehrmacht gibt am 1. Juni die Eroberung Kretas bekannt.

22.06. Militärischer Überfall der Sowjetunion ohne vorhergegangene Kriegserklärung. Die deutschen Truppen erobern in den ersten Wochen große Teile Weißrußlands, der Ukraine, des Baltikums und des westlichen Rußlands.

01.09. Mit der Polizeiverordnung über die "Kennzeichen der Juden im Reichsgebiet" wird mit Wirkung vom 19. September das Tragen des Judensterns angewiesen. Im Spätsommer nehmen die Bombenangriffe auf deutsche Städte an Anzahl und Stärke zu. Die USA und Großbritannien liefern Waffen und Ausrüstung an die Sowjetunion. Während der deutsche Vormarsch in Rußland ungebrochen weitergeht, mehren sich in der Wehrmachtsführung Zweifel an dem Ziel Moskau bis Ende Oktober eingenommen zu haben.



15.09. Die Raketenentwicklung auf dem Versuchsgelände in Peenemünde erhält die Sonderdringlichkeitsstufe von der NS-Regierung.

17.09. Erstmals werden für Hören ausländischer Rundfunksender Todesurteile ausgesprochen.

27.09. Hitler ernennt den SS-Obergruppenführer Heydrich zum Reichsprotektor für Böhmen und Mähren.

18.10. Beginn der Massendeportationen von Juden<sup>2</sup>.

07.12. Der US-amerikanische Flottenstützpunkt Pearl Harbor auf Hawaii ist Ziel eines schweren Überraschungsangriffs Japans, damit werden die USA in den Krieg einbezogen. Am nächsten Tag erklärt Japan den USA, Großbritannien, Kanada und Australien den Krieg.

08.12. Da da Ziel nicht erreicht wurde, Moskau vor Wintereinbruch einzunehmen, befiehlt Hitler den Rückzug der deutschen Truppen an der Ostfront in kräfteschonende Stellungen.

11.12. Deutschland erklärt den USA den Krieg.

19.12. Der Führer und Reichskanzler entläßt aus Unzufriedenheit über die deutsche Heeresleitung Generalfeldmarschall

Walter von Brauchitsch, den Oberbefehlshaber des Heeres, und übernimmt selbst den Oberbefehl.

## Wirtschaft

Durch den harten Winter kommt es Anfang Januar im gesamten deutschen Reich zu Engpässen in der Kohlenversorgung. Im Januar sind in der deutschen Wirtschaft über 1,2 Millionen Kriegsgefangene zur

Zwangsarbeit eingesetzt.

05.02. Im besetzten Luxemburg wird die Reichsmark als alleinige Währung eingeführt.

28.02. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) erhält von Hitler den Auftrag zum Bau eines Volkstrecker-Werkes in Waldbröhl/Rheinland, wo ein von Ferdinand Porsche entwickelter Traktor gebaut werden soll.

27.03. Gründung der "Kontinental Öl AG". Sie erhält für 99 Jahre das Monopol zur Verarbeitung und zum Vertrieb des sowjetischen Erdöls, in dessen Besitz sich die nationalsozialistische Führung durch einen erfolgreichen Rußlandfeldzug bringen will.

28.04. Reichspostminister Ohnesorge zufolge ist der Personalbestand der Reichspost auf 580 000 Beschäftigte angewachsen. Dabei sind Frauen nicht berücksichtigt, die als Ersatz- und Hilfskräfte eingesetzt wurden.

<sup>1</sup> Zum Fall Rudolf Heß siehe cenjur unter

<http://www.seidl.de/npd/hess.htm>

„Hess flog auf Anweisung Hitlers nach England“ – Dokumente aus den Geheimarchiven des KGB, Seite 63

<sup>2</sup> Ghetto und Deportation

<http://schule.judentum.de/projekt/ghettoisierung.htm>

12.05. Der deutsche Ingenieur Konrad Zuse stellt mit seinem Rechenautomaten "Z 3" die erste funktionsfähige programmgesteuerte Rechenmaschine der Welt der Öffentlichkeit vor.

23.05. Der Großdeutsche Rundfunk nimmt in der Zeit von 20.15 Uhr bis 22.00 Uhr die Ausstrahlung von drei Programmen auf; neben dem bisherigen Reichsprogramm wird ein Unterhaltungs- und Tanzmusikprogramm sowie ein Orchester- und Opernprogramm geboten.

01.06. Aus Papiermangel müssen neben den deutschen Rundfunkzeitschriften auch kirchliche und andere Periodika ihr Erscheinen einstellen und zahlreiche Tageszeitungen ihren Umfang verringern.

17.07. Die Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe verfügt, daß während der Wehrmachtsberichte im Rundfunk keine Gäste bedient werden dürfen, um das Abhören dieser Berichte nicht zu stören.

31.07. Aus zahlreiche deutschen Fremdenverkehrsregionen werden erhebliche Versorgungsprobleme mit Gütern des täglichen Bedarfs gemeldet. Verursacht werden sie durch

die hohe Zahl der dort untergebrachten Menschen aus Gebieten, die durch Luftangriffe gefährdet sind.

06.08. Die bislang auf vier verschiedene Ministerien verteilte Zuständigkeit für die Bereiche Wasser- und Energiewirtschaft werden der Leitung eines "Generalinspektors für Wasser und Energie" unterstellt. Reichsminister für Munitionsbeschaffung Fritz Todt wird in dieses Amt berufen.

23.08. Das Drahtgewerbe im Deutschen Reich wird in der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Drahtindustrie zusammengeschlossen.

22.11. Um die Stromversorgung von Rüstungsindustrie und Landwirtschaft nicht zu beeinträchtigen, fordert die Reichsstelle für die Elektrizitätswirtschaft die deutschen Verbraucher auf, zwischen 6 und 10 Uhr möglichst keine elektrischen Geräte zu verwenden.

15.12. Die Einzelhandelspreise im Deutschen Reich betragen für 1 kg Brot 0,35 Reichsmark (RM), 1 kg Zucker 0,74 RM, 5 kg Kartoffeln 1,49 RM, 1 l Milch 0,26 RM, 1 kg Schweinefleisch 1,60 RM und 50 kg Steinkohle 2,08 RM.

